



WWW.SN.AT/WIZANY

Der verzweifelte Rest der Justiz

Personelles Niedersparen in der Justizverwaltung ist des Rechtsstaats unwürdig.

STANDPUNKT

Andreas Widmayer



Die Justiz, die speziell in der Verwaltung (Kanzlei- und Schreibkräfte) seit Jahren niederspart wird, was bis vor Kurzem nur der vom Wort her letztgenannte Fachteil eines Ministeriums mit monströsem Namen: „Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz“, kurz: BMVRD]. Seit Langem kursoriert bei Mitarbeitern von Staatsanwaltschaft und Landesgericht Salzburg aber ein ganz anderer Name für BMVRD]: „Bundesministerium des Verzweifelten Restes Der Justiz“.

Tatsächlich hat die Politik sehr viel dafür getan, um Justizmitarbeiter verzweifeln zu lassen. Durch radikale flächendeckende Sparmaßnahmen wurden etwa bei der Salzburger Staatsanwaltschaft die Planstellen bei den Kanzlei- und Schreibkräften binnen weniger Jahre halbiert. Allein 2018 haben bei Staatsanwaltschaft oder Landesgericht angesichts der kaum noch zu ertragenden Arbeitsüberlastung sechs erfahre-

ne Kanzleileiterinnen selbst gekündigt; parallel steigen Burn-out-Fälle und Langzeitkrankenstände. In den Gängen trifft man Mitarbeiterinnen, denen Verzweiflung, aber auch Wut ins Gesicht geschrieben ist.

Geradezu absurd muten die jahrelangen Sparvorgaben bei der Justiz an, wenn die Politik gleichzeitig die Polizei – prinzipiell zu Recht – stark aufstockt. In dieser Legislaturperiode soll die Exekutive 4300 Stellen dazubekommen. Es ist eine Milchmädchenrechnung, dass deutlich mehr Polizisten zu deutlich mehr aufgeklärten Straftaten führen und damit klarerweise zu noch mehr Arbeit für die (Straf-)Justiz.

Es braucht dringend zusätzlichen Justizpersonal, damit die Arbeit der Polizei nicht – so wie in einem Flaschenhals – bei der Justiz stecken bleibt. Angesichts der bisherigen politischen Ignoranz bleiben mit den Akten auch die Bürger auf der Strecke. Das ist eine Bankrotterklärung für einen Rechtsstaat, der elementarer Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie ist.

ANDREAS.WIDMAYER@SN.AT

Stadt hat noch Potenzial für 6750 Wohnungen

SALZBURG-STADT. Erschwingliches Wohnen lautet das Ziel, doch die Ansichten darüber, wie die Stadtpolitik das erreichen kann, sind parteipolitisch unterschiedlich. Das hat die Gemeinderatsitzung am Mittwoch erneut gezeigt.

Zur Debatte stand ein Mietpreisdeckel ähnlich wie in Berlin. Während vor allem KPÖ Plus und Bürgerliste für einen solchen Deckel bzw. Mietstopp argumentierten, waren ÖVP, FPÖ, Neos und Liste SALZ strikt dagegen. „Ein solches Experiment würde scheitern“, sagte ÖVP-Klubchef Christoph Fuchs. Bürgerlisten-Gemeinderätin Anna Schiester meinte hingegen, steigende Mieten seien kein Naturgesetz – man könne sehr wohl etwas dagegen tun mit einer gesetzlich festgesetzten Höchstmiete.

Doch was ist noch möglich im Wohnbau in Salzburg? ÖVP-Vizegmb. Barbara Unterkofler spricht von einem derzeitigen Potenzial von 6750 Wohneinheiten im Stadtgebiet. Erstens gebe es als Bauland gewidmete Flächen für rund 1080 Wohnungen, zweitens gebe es Umstrukturierungsflächen (derzeit als Gewerbegebiet gewidmet) für rund 2080 Einheiten. Und drittens seien Ergänzungsflächen bzw. „sonstiges Grundland“ vorhanden für rund 3500 Wohnungen.

Doch die 6750 Einheiten seien nicht alles. Die maximal zulässigen Bebauungsgrundlagen würden derzeit vielfach noch nicht ausgeschöpft. Hier ergebe sich weiteres Potenzial für 18.200 Wohnungen. Die Stadt habe bei diesen Reserven aber keine Handhabe, Anteil mittels Raumordnungsvertrag festzulegen, sagt Unterkofler. **hei**

OHNE PROTOKOLL

Verkehrspläne sorgen weiter für Wirbel

Die Mitarbeiter der Salzburg AG wurden am Mittwoch über die angedachte Ausgliederung des Verkehrsbereichs informiert. FSG-Zentralbetriebsrat Christian Haslauer kritisiert, dass es unglaublich sei, wie über die Köpfe der Kollegen hinweg Politik gemacht werde. „Dass der öffentliche Verkehr neue Wege gehen muss, dem kann man nicht widersprechen. Dass aber solch einschneidende Entscheidungen durch den Landeshauptmann auf einer ÖVP-Bürgermeisterveranstaltung präsentiert werden, ist schier unglaublich“, sagt der FSG-Zentralbetriebsrat. Unterdessen ist nun bekannt, dass es eine politische Steuerungsgruppe geben wird, die sich am 19. Februar bildet. Den Vorsitz dieser Steuerungsgruppe wird der Landeshauptmann selbst führen.

tuation bei STA und teils auch Gericht stößt sich dem Präsidenten der Salzburger Anwaltskammer, Wolfgang Kleibel, sauer auf: „Telefonisch ist in den Geschäftsabteilungen oft niemand erreichbar.“ Um Akteneinsicht zu erhalten, so Kleibel, „müssen sich die Verteidiger immer öfter direkt zur Staatsanwaltschaft begeben und dort auf gut Glück versuchen, dass sie jemanden antreffen. Mir wurden Fälle zugetragen, in denen es wochenlang, ja bis zu zwei Monate dauerte, bis der Anwalt Akteneinsicht bekommen hat.“ Das, so Kleibel, erschwere die Prozessvorbereitung massiv: „Es ist ja unerlässlich für den Verteidiger, den Akt zur Prozessvorbereitung rechtzeitig zu haben.“

Personalmangel in den Kanzleien herrscht auch am Landesgericht. Kleibel: „Das betrifft etwa Ladungen zu Prozessterminen. Der Richter oder die Richterinnen verfügt eine Ladung für den Verteidiger zur Hauptverhandlung. Diese bleibt dann bis zu zwei Wochen in der Kanzlei liegen, ehe sie dem Anwalt zugestellt wird.“ **wid**